

Aufbruch zu Demokratie und Nationalstaatlichkeit in Mittel- und Osteuropa? Aktuelle Forschungen mit Fokus auf die lokale Ebene (1917-1923)

Veranstalter: BKM-Juniorprofessur für soziale und ökonomische Netzwerke der Deutschen im östlichen Europa im 19. und 20. Jahrhundert, Institut für Geschichte, Technische Universität Dresden; Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V., Technische Universität Dresden; Masaryk-Institut – Archiv der AV ČR, Prag

Datum, Ort: 03.12.2018–04.12.2018, Dresden

Bericht von: Thomas Rettig, Institut für Geschichte, Technische Universität Dresden

In der Mitte Europas kam es nicht erst mit dem Waffenstillstand 1918 und der Gründung neuer Staaten zu tiefgreifenden politischen wie sozialen Umwälzungen. Der Russischen Revolution 1917 folgte der in der Historiografie lange in seiner Bedeutung unterschätzte Vertragsschluss von Brest-Litovsk, der jüngst in Anlehnung an den *Wilsonian Moment* (Erzez Manela) als „Brest-Litovsk Moment“ (Borislav Chernev) für das östliche Europa bezeichnet wurde. Bereits hier begann die staatliche Souveränität der Imperien zu erodieren und alternative Konzepte der Selbstverwaltung und Herrschaftssicherung wurden erprobt. Dies äußerte sich in der Bildung dutzender kleiner „Saisonstaaten“ ebenso wie im Auftreten lokaler Räte unterschiedlichster Formation und Motivation, um die wegbrechende Staatsmacht zu ersetzen und eine eigene politische Agenda zu forcieren. Die Tagung verfolgte das Ziel, die Transformationsprozesse der Nationalisierung und Demokratisierung in Mittel- und Ostmitteleuropa zwischen 1917 und 1923 in ihren Verflechtungen von der internationalen bis zur lokalen Ebene zu problematisieren. Dabei sollten vor allem Kontinuitäten und Brüche des politischen und gesellschaftlichen Wandels mit ihren Auswirkungen auf der bislang unterforschten lokalen und regionalen Ebene herausgearbeitet werden.

Das erste Panel beschäftigte sich mit verschiedenen Neuordnungskonzepten nach dem „Großen Krieg“. MORITZ A. SORG (Freiburg im Breisgau) widmete sich

diesbezüglich der Frage, inwiefern Fremdmonarchien als Staatsgründungsmodell nach dem Ersten Weltkrieg noch in Frage kamen. Während die Idee einer Herrschaft unter einem fremdnationalen Monarchen in den nationalistischen Diskursen vor dem Ersten Weltkrieg noch vorherrschend war, kam es in keinem der nach dem Krieg neugegründeten Nationalstaaten zu einer Umsetzung dieses Konzepts. Als „Möglichkeitsstruktur“ wurden sie mancherorts allerdings durchaus noch in Betracht gezogen, so beispielsweise in Finnland oder Ungarn. INGO ESER (Köln) stellte in seinem Beitrag die Schlonsakenbewegung im Teschener Schlesien und deren politische Handlungsoptionen nach Kriegsende in den Mittelpunkt. In einer Region, die sich an der Schnittstelle zwischen polnischen und tschechischen Einflüssen, sowie polnischem und tschechischem Sprachgebiet befand, wandte sich die Schlonsakenbewegung (die sich auch aufgrund des protestantischen Glaubens von ihren Nachbarn unterschied) gegen eine nationale Aufteilung des Gebiets und vertrat die Idee eines autonomen schlesischen Staates. INGO LOOSE (Berlin) betonte die Besonderheiten, die sich 1918 für die Wiedergeburt des polnischen Staates ergaben. Diese lagen insbesondere in der Herausforderung, vier miteinander konkurrierende Rechts-, Verkehrs-, Bildungs- und Wirtschaftssysteme in den neuen Staat zu integrieren, was unter anderem anhand des Beispiels der Kontinuität deutscher Verwaltung im ehemals preußischen Teilungsgebiet illustriert wurde, wo es erst sukzessive zu einem Austausch der Eliten kam.

DINA GUSEJNOVA (Sheffield) sprach im öffentlichen Abendvortrag über die Erinnerungskultur hinsichtlich des Friedens von Brest-Litovsk und stellte die Frage in den Mittelpunkt, inwieweit der Friedensschluss unter Berücksichtigung der Tagungsschwerpunkte „Demokratisierung“ und „Nationalstaatswerdung“ als Fluchtpunkt gelten kann.

Das zweite Panel setzte sich weiter mit den Neuordnungskonzepten nach dem „Großen Krieg“ auseinander. ANA KLADNIK (Dresden) stellte die Rolle von Freiwilligen Feuerwehren in Nationsbildungsprozessen am Beispiel der Kleinstadt Pettau/Ptuj in der Süd-

steiermark vor, wobei insbesondere die Rolle von Frauen in den traditionell männlichen Assoziationen Beachtung fand. Der Beitrag von MILOSLAV SZABÓ (Bratislava) musste in Abwesenheit des Autors verlesen werden. Szabó erörterte die starke Welle kollektiver Gewalt nach dem Zusammenbruch der staatlichen Strukturen in Oberungarn, das nach dem Krieg Teil der tschechoslowakischen Republik wurde. Die als „Plünderungen“ in das kollektive Gedächtnis der Slowaken eingegangenen Ereignisse wurden von der Geschichtsschreibung oft als Hungerrevolten gedeutet, was der Beitrag als unzutreffend zurückwies. Eher müsse man die Ereignisse als national-exkludierendes Element deuten, das sich insbesondere gegen die jüdische Bevölkerung richtete. TIM BUCHEN (Dresden) setzte sich anhand des Beispiels der kurzlebigen Bauernrepublik Tarnobrzaska in Westgalizien mit dem Staats- und Demokratieverständnis unter den Grünen Kadern auseinander. Mit den heimkehrenden Kriegsgefangenen aus Sowjetrußland kam es hier wie vielerorts im Habsburgerreich zu einem Transfer von Ideen und Praxis der Russischen Revolution. Diese Eindrücke und ein eigenes Verständnis vom Selbstbestimmungsrecht der Völker führten in der Bauernrepublik zu einem recht eigenständigen Umgang mit der Frage nach Eigentum und Ungleichheit.

Während des dritten Panels wurden vergleichende Perspektiven in den Mittelpunkt gestellt. IBOLYA MURBER (Budapest) eröffnete das Panel mit einem Vergleich nationaler und transnationaler demokratischer Impulse im Habsburgerreich bis zum Ende des Ersten Weltkriegs in beiden Reichshälften sowie in den direkten Nachkriegsjahren in Österreich und Ungarn. Dabei betonte sie die Unterschiede, die in beiden Reichshälften bereits vor dem Krieg bestanden und in Cisleithanien zu einem erweiterten Wahlrecht und dem Aufbau von Massenparteien geführt hatten, während sich der ungarische Adel einer Erweiterung des Wahlrechts widersetzte. Auch nach dem Krieg überwogen die Unterschiede im Ausbau demokratischer Rahmenbedingungen in den neuen Staaten, was unter anderem auf Unterschiede der politischen Kultur, nicht zuletzt innerhalb der österreichischen und ungarischen sozialdemokrati-

schen Parteien, zurückzuführen war. CHRISTINE ABSMEIER (Stuttgart) stellte den Brest-Litowsk-Moment des Vereins der Auslandsdeutschen (VDA) vor. Im Zuge der Besatzungsherrschaft in Osteuropa erwartete der VDA ein Bekenntnis der im Ausland lebenden Deutschsprachigen zum Deutschtum. Am Beispiel der Stadt Lodz wurde verdeutlicht, welche Konzepte hinsichtlich der Bildung zivilgesellschaftlicher Strukturen oder dem Umgang mit der Neugründung des polnischen Staates im VDA eine Rolle spielten. Pläne und Einfluss des VDA spielten jedoch für die Akteure vor Ort zu Kriegsende eine eher untergeordnete Rolle. STEFFEN KAILITZ, SEBASTIAN PAUL und MATTHÄUS WEHOWSKI (alle Dresden) präsentierten ihr aktuelles Forschungsprojekt, das sich der Verflechtung von Demokratisierungs- und Nationalisierungsbestrebungen multiethnischer Grenzräume am Beispiel des Dreiländerecks Oberschlesien, Teschener Schlesien und Orava widmet. Jedes dieser Gebiete unterlag vor dem Krieg einer anderen politischen und rechtlichen Ordnung, wobei der Raum grundsätzlich von einer starken sprachlichen und sozialen Diversität gekennzeichnet war. Die Betrachtung der direkten Nachkriegszeit offenbarte, dass sich zunächst in allen drei Gebieten Räteherrschaften unterschiedlicher sozialer und ideologischer Zusammensetzung konstituierten.

Das vierte Panel widmete sich stadtgeschichtlichen Perspektiven. HEIDI HEINKIRCHER (Marburg) zeigte die Kontinuitäten innerhalb der Stadtverwaltung Lembergs über das Kriegsende hinweg auf. Aus der Perspektive der doppelten Transformation, die von der Umformung einer imperialen Monarchie zu einem demokratischen System und zugleich zu einem Nationalstaat ausgeht, wies sie nach, dass der Konflikt zwischen Polen und der Ukraine um die multiethnische und multikonfessionelle Stadt zu einer Verstärkung von polnisch-nationalisierenden Politiken des Stadtrates führte. Eine tiefer gehende Demokratisierung wurde hingegen weder angestrebt noch umgesetzt. ADRIAN MITTER (Marburg) präsentierte im Anschluss die Veränderungen, die der Versailler Vertrag für Danzig mit sich brachte. Ab 1920 hatte die Stadt mit dem umgebenden Gebiet den Sta-

tus eines halbautonomen Staates inne. Dieses Konstrukt sei für die 1920er-Jahre als eine vergleichsweise erfolgreiche Lösung zu werten, was vor allem auf die Stärkung der lokalen Regierungsinstitutionen und die umfassenden Rechte, die dem polnischen Staat vor Ort eingeräumt wurden, zurückzuführen war.

In der abschließenden Diskussion wurde thematisiert, inwieweit es der Konferenz gelungen war, bisherige Forschungsperspektiven zu erweitern. Diesbezüglich wurde vor allem auf den gemeinsamen Fokus auf die kleinen und mittleren Strukturen verwiesen, die in der „Sattelzeit“ nach dem Ersten Weltkrieg in unterschiedlicher Weise auf die Umbrüche reagieren mussten. Dabei war auffällig, dass Schlüsselbegriffe dieser Zeit, wie die im Tagungsthema aufgegriffenen Vokabeln „Demokratie“ und „Nationalstaat“, höchst unterschiedlich besetzt sein konnten und dementsprechend in der Zeit besondere Popularität erlangten. Eine genaue Definition der Begrifflichkeiten in den entsprechenden Kontexten blieb meist aus, wodurch diese aber wiederum leichter eine gemeinsame Projektionsfläche bieten konnten. Gerade unter Berücksichtigung dieses Gedankens boten die Beiträge der Konferenz einen breiten Einblick in die Vielfalt der Interpretationen von Staatlichkeit in der Umbruchszeit.

Konferenzübersicht:

Tagungsöffnung

Panel 1: Neuordnungskonzepte nach dem „Großen Krieg“ I

Kommentar: Rudolf Kučera (Prag)

Moritz A. Sorg (Freiburg im Breisgau): Das Ende eines Staatsgründungsmodells? Der Erste Weltkrieg und die Idee der Fremdmonarchie in Europa

Ingo Eser (Köln): Die Schlonsakenbewegung im Teschener Schlesien angesichts der staatlichen Veränderungen nach dem Ersten Weltkrieg

Ingo Loose (Berlin): Die Wiedergeburt Polens 1918 als Problem für die Geschichtsschreibung

Öffentlicher Abendvortrag

Dina Gusejnova (Sheffield): Das Ereignis als

Fluchtpunkt: Brest-Litowsk in der politischen Erinnerungskultur des 20. Jahrhunderts

Panel 2: Neuordnungskonzepte nach dem „Großen Krieg“ II

Kommentar: Friederike Kind-Kovács (Dresden)

Ana Kladnik (Dresden): Between the Habsburg and Karađorđević: Nationalization and Democratization From Below in Post-World War I „Slovenian“ Styria

Miloslav Szabó (Bratislava): Die „Plünderungen“ in Oberungarn im Herbst 1918 – Anarchie oder Revolution?

Tim Buchen (Dresden): Republika Tarnobrzaska. *Wilsonian Moment* und lokale Traditionslinien in der Westgalizischen Bauernrepublik

Panel 3: Vergleichende Perspektiven

Kommentar: Stephanie Zloch (Dresden)

Ibolya Murber (Budapest): Der politische Kampfbegriff „Demokratie“ in den direkten Nachkriegsjahren. Österreich und Ungarn im Vergleich

Christine Absmeier (Stuttgart): Die Erfindung der deutschen nationalen Minderheit im Vorfeld des Friedens von Brest-Litovsk. Wechselwirkungen zwischen dem Deutschen Reich und Ostmitteleuropa

Steffen Kailitz / Sebastian Paul / Matthäus Wehowski (alle Dresden): Die Transformation zu Demokratie und Nationalstaatlichkeit im Dreiländereck Deutschland – Polen – Tschechoslowakei nach dem „Großen Krieg“ (1918-1923)

Panel 4: Stadtgeschichtliche Perspektiven

Kommentar: Mike Schmeitzner (Dresden)

Adrian Mitter (Marburg): Competing Concepts of Governance in the Free City of Danzig (1919-1923)

Heidi Hein-Kircher (Marburg): Diskontinuitäten? Die polnische Lokalverwaltung in Lemberg (Lwów/L'viv) und ihre Strategien zur Integration in einen polnischen Staat

Schlussdiskussion

Tagungsbericht *Aufbruch zu Demokratie und*

*Nationalstaatlichkeit in Mittel- und Osteuropa?
Aktuelle Forschungen mit Fokus auf die lokale Ebene (1917-1923). 03.12.2018–04.12.2018,
Dresden, in: H-Soz-Kult 03.04.2019.*